

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 10.12.2025

Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr	
Sitzungsende:	20:47 Uhr	
Sitzungsort:	Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV), großer Saal, Albrechtstr. 48, 06844 Dessau-Roßlau	
Leitung der Sitzung:	Herr Rumpf	Vorsitzender des Stadtrates
	Frau Koschig	1. Stellvertreterin
	Herr Bernstein	2. Stellvertreter
Teilnehmer/-innen:	siehe Anwesenheitsliste	

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 43 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, rügt die unvollständige Einladung aufgrund fehlender Beschlussvorlagen, u. a. die Anträge zur Erhöhung der Ortschaftsbudgets Mosigkau, Sollnitz und Roßlau, Zuweisung von selbstständigen Budgets für die Ortschaften aus den Windkraft- und PV-Anlagen sowie ein Antrag zum Stellenstopp.

Der **Stadtratsvorsitzende** weist auf den Unterschied zwischen Rüge und Beanstandung sowie den Konsequenzen gemäß des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) hin.

Herr Stadtrat L. Nothdurft beanstandet die Unterlassung der Veröffentlichung der Beschlussvorlagen und hält an der Beanstandung und den resultierenden Folgen fest.

Während des Tagesordnungspunktes erscheint Frau Brösner, Fraktion Freies-Bürger-Forum, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 44 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, möchte erfahren, ob die Anträge rechtzeitig eingereicht wurden. Laut Herrn Stadtrat L. Nothdurft wurden die Anträge vor ungefähr zwei Monaten eingebracht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass Anträge spätestens in der übernächsten Sitzung zu behandeln sind. Die eingebrachten Anträge wurden als Haushaltsanträge gewertet und im Rahmen der Haushaltsberatungen durch die Vertretung behandelt.

Frau Beck, Leiterin des Rechtsamtes, informiert, dass die eingebrachten Anträge als Haushaltsanträge behandelt wurden und nicht separat für die Tagesordnung des Stadtrates bestimmt sind.

Nach der Einschätzung des Rechtsamtes weist Herr Rumpf, Stadtratsvorsitzender, die Rüge zurück und setzt mit der Tagesordnung fort.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 6.5 sowie 6.6. in umgekehrter Reihenfolge behandelt und beschlossen werden sollen. Weiterhin zieht er den Tagesordnungspunkt 6.18 als Einreicher zurück und begründet dies mit der Notwendigkeit einer Grundlagenerarbeitung, nachdem perspektivisch ein Neubau angestrebt wird.

Dem Antrag auf der geänderten Behandlungsreihenfolge wird mehrheitlich zugestimmt (31:12:01).

Herr Bernstein, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 6.35 vom Einreicher zurückgezogen wird.

Der Stadtratsvorsitzende richtet das Wort an Stadtrat L. Nothdurft und verweist auf die Beratungsfolge der von ihm vorgebrachten Ortschaftsratsvorlage Roßlau (Erhöhung Budget), die am 19.11.2025 in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung endete und eine diesbezügliche Rüge seinerseits unterblieb.

Frau Dr. Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gibt als Einreicher der Fraktionsvorlage zu Tagesordnungspunktes 6.34 bekannt, dass diese zurückgezogen wird und begründet dies.

Nach einer kurzen Aussprache wird die geänderte Fassung der Tagesordnung zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 34:10:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2025

Herr H. Weber, Fraktion Freies-Bürger-Forum, beanstandet, dass im Tagesordnungspunkt 8.1 der Niederschrift vom 29.10.2025 eine Aussage des Vorsitzenden des Stadtrates nicht wiedergegeben wurde. Seiner Meinung nach rief der Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung der Vorlage auf, nachdem die Vertreterin des Vereins die Möglichkeit zur Stellungnahme bezüglich offener Fragen erhalten hatte, bat diese, den Sitzungssaal zu verlassen, ließ im Anschluss jedoch noch eine Diskussion der Vertretung zu.

Nach einer Aussprache stellt der Stadtratsvorsitzende die Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2025 zurück. Es wurde sich dahingehend verständigt, die diesbezüglichen Aussagen anhand der Tonaufzeichnung zu prüfen.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende wichtige Angelegenheiten im Berichtszeitraum vom 29. Oktober bis 10. Dezember 2025:

- Seit der letzten Berichterstattung wurden 66 Personen eingebürgert. Die Eingebürgerten stammen aus Syrien, Iran, Afghanistan, Belarus, Türkei, Ukraine, Nigeria, Marokko, Albanien, Russische Föderation sowie Vietnam.
- Weiterhin wurden die Stadelternvertreter für die Kindertageseinrichtungen gewählt. Als Vorsitzender wurde Herr Martin Scharfe gewählt, als Vertretung beim Landeselternrat Frau Janine Kowolik, als Vertretung im Jugendhilfeausschuss Herr Enrico Elmenthaler und als Beisitzer Frau Anika Seyfert-Sehlke und Frau Regina Schreiber.
- Ferner hat die Online-Beteiligung INSEK Fortschreibung vom 01. bis 30. September 2025 stattgefunden. Das Amt für Wirtschaft und Stadtplanung hat die Auswertung der ersten Phase der Bürgerbeteiligung zur INSEK Fortschreibung im September vorgenommen, die Dokumente dazu sind auf der Webseite der Stadt veröffentlicht sowie im Dezember Amtsblatt eine Kurzzusammenfassung zu den Ergebnissen nachlesbar.
- Abschließend informiert er, dass der Haupt- und Personalausschuss Herrn Jochen Sandner zum Gründungsgeschäftsführer der BUGA Gesellschaft ernannt hat.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass der nichtöffentliche Beschluss zur Übertragung der Immobilie Leipziger Torhaus in der Sitzung des Stadtrates am 29.10.2025 nicht gefasst wurde.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Lau, Ortsbürgermeister von Kleinkühnau, möchte etwas ansprechen, das auch schriftlich beantwortet werden kann. Es geht um Ehrenamt und Ortschaftsräte. Am 18. September 2025 wurde in der Ortschaftsratssitzung über die Arbeitsverpflichtungen für Leistungsempfänger abgestimmt. Am 29. Oktober 2025 wurde dies im Stadtrat besprochen und abgewählt. Die Ortschaften haben ein klares Signal gegeben, was sie wollen, doch der Stadtrat habe dies ignoriert und das Thema von der Tagesordnung genommen. Die Ortschaften haben sich klar positioniert.

Er fragt, wie es weitergehen soll: Ortschaftsräte diskutieren über Haushaltspläne und Stellenpläne – sollen sie wirklich abstimmen, oder ist es egal? Im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung hätten sich kürzlich zwei ehrenamtliche Ortschaftsräte hingestellt, ihre Anliegen artikuliert und um Geld gebettelt. Auf Seite 2 stand "abgelehnt" – das Ehrenamt wurde abgelehnt. Sie standen dort und bettelten um Geld, zehn Minuten später habe jemand aus einer Fraktion gefragt, ob Geld für Igel da sei. Herr Lau fühlt sich in einer verkehrten Welt.

Ehrenamt wird immer wieder großgeschrieben, doch alle Ortschaftsräte und Ortsbürgermeister erleben etwas anderes. In Kühnau habe er einen Angestellten zur Ortschaftsratssitzung eingeladen, da es etwas zu feiern gab. Er schrieb, man habe Grund zu feiern – ein Jahr unbeantwortete E-Mails. Danach sei der Bearbeiter verstorben, und die Amtsleiterin habe ihn gerügt, den Ton etwas normaler zu halten. Er habe daraufhin telefoniert und erklärt, das ist Sarkasmus gewesen – ein Jahr Wartezeit wegen vier Schildern.

Zusammenfassend: Sie haben ein Ehrenamt, er wohne dort, sein Name verbrenne dort, nur weil Stadtangestellte oder Stadtrat tun, was sie wollen und nicht, worum die Ortschaften bitten.

Der **Stadtratsvorsitzende** weist darauf hin, dass normalerweise zuerst Fragen gestellt werden – bis zu drei Stück – und dann Erläuterungen folgen. Nun habe er

viele Erläuterungen gehört, aber keine konkrete Frage erkennen können. Weiterhin muss er für den Stadtrat etwas Partei ergreifen: Es wurde nicht gebettelt, sondern es wurden ganz normale Anträge in die Haushaltsberatung eingebracht und darüber beraten. Es ist nicht so, wie dargestellt, dass Ortschaftsräte um Geld betteln und nichts bekommen. Die Ortschaften haben alle ihr Budget. Es geht nur darum, wie viel es mehr werden soll – nicht darum, ob überhaupt etwas gewährt wird. Einige Ortschaften wollen mehr als das, was zur Verfügung steht. Mehr werde immer gewollt. Er fragt, ob nun eine konkrete Frage vorliegt oder ob Herr Lau weiter erläutern möchte.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

6 Beschlussfassungen

6.1 Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsstelle V der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: BV/306/2025/I-07**

Nach einer persönlichen Vorstellung der Kandidaten werden die Stimmzettel ausgeteilt.

Nach der Auszählung der Stimmzettel durch die Zählkommission wird folgendes Wahlergebnis vom Stadtratsvorsitzenden bekanntgegeben:

- | | |
|-----------------------------|-------------|
| • Herr Michael Hochberg | 27 Stimmen |
| • Frau Antje Röder | 25 Stimmen |
| • Frau Christiane Mitsching | 23 Stimmen. |

Herr Michael Hochberg sowie Frau Antje Röder nehmen die Wahl an. Danach werden die Ernennungsurkunden durch den Stadtratsvorsitzenden sowie durch den Oberbürgermeister übergeben.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt für die Besetzung der Schiedsstelle V der Stadt Dessau-Roßlau nach § 4 Abs. 1 Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz (SchStG) folgende zwei Schiedspersonen:

1. Herr Michael Hochberg
2. Frau Antje Röder

Abstimmungsergebnis: 43:00:01

6.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes sowie eines Stellvertreters für den Jugendhilfeausschuss Vorlage: BV/230/2025/I-07

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt folgende Änderung der Beschlussvorlage bekannt:

Frau Nancy Mergenthaler wird als neues stimmberechtigtes Mitglied sowie Herr Dr. J. Nothdurft als stellvertretendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses vorgeschlagen.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Daraufhin bittet der Stadtratsvorsitzende die Stimmzählkommission (Frau Koschig, Herr Dr. Hoffmann sowie Herr Dr. J. Nothdurft) um Vorbereitung der Wahlurne und organisiert die Ausgabe und Kontrolle der Stimmzettel. Die ordnungsgemäße Leere und Versiegelung der Wahlurne wird durch die Wahlkommission geprüft. Danach ruft Herr Stadtratsvorsitzender Rumpf die Fraktionen der Reihe nach zur Stimmabgabe auf.

Nach einer kurzen Unterbrechung gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Ergebnis bekannt:

- 19 Ja-Stimmen
- 24 Nein-Stimmen
- 1 ungültiger Stimmzettel.

Damit hat Frau Nancy Mergenthaler die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Entsprechend dieses Ergebnisses wird die Wahl zum Stellvertreter nicht durchgeführt.

6.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss Vorlage: BV/291/2025/I-07

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt folgende Änderung der Beschlussvorlage bekannt:

Herr Burkhardt Ratzmann wird als neues stimmberechtigtes Mitglied sowie Herr René Diederling als stellvertretendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses vorgeschlagen.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, beantragt die Durchführung einer geheimen Wahl.

Daraufhin werden die Fraktionen der Reihe nach zur Stimmabgabe aufgerufen.

Nach einer kurzen Unterbrechung gibt der Stadtratsvorsitzende folgendes Ergebnis bekannt:

- 21 Ja-Stimmen
- 23 Nein-Stimmen
- 0 ungültige Stimmzettel.

Damit hat Herr Burkhardt Ratzmann die erforderliche Mehrheit nicht erreicht. Entsprechend dieses Ergebnisses wird die Wahl zum Stellvertreter nicht durchgeführt.

Nach einer kurzen Aussprache wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

6.4 Abberufung und Berufung eines Stadtbezirksbeirates in den Stadtbezirksbeirat Süd/Haideburg/Törten **Vorlage: BV/356/2025/I-OR**

Beschluss:

1. Abberufung von Herrn Steffen Schröter als Mitglied des Stadtbezirksbeirates Süd/Haideburg/Törten
2. Berufung von Frau Christine Bebbler als Mitglied des Stadtbezirksbeirates Süd/Haideburg/Törten

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

6.5 Haushaltssatzung 2026, Haushaltsplan 2026, Stellenplan 2026 **Vorlage: BV/289/2025/II-20**

Die hervorgebrachten Wortmeldungen sind im Tagesordnungsordnungspunkt 6.6 protokolliert.

Der Tagesordnungspunkt wird nach dem Tagesordnungspunkt 6.6 behandelt und zur Abstimmung gestellt.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird eine 16-minütige Pause durchgeführt. Während der Pause erscheint Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 45 stimmberechtigte Mitglieder.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2026 (und damit den Ergebnisplan 2026, den Finanzplan 2026, die Teilpläne 2026 und den Stellenplan 2026) einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe ab Anlage 7).

Abstimmungsergebnis: 25:17:02

6.6 Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 und Folgejahre **Vorlage: BV/290/2025/II-20**

Der Tagesordnungspunkt wird vor dem Tagesordnungspunkt 6.5 behandelt. Es besteht die Einigkeit darüber, dass die hervorgebrachten Wortmeldungen in dem Tagesordnungspunkt protokolliert werden.

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt in die Thematik ein.

Nach einer Aussprache beantragt **Herr Nolte, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates,** dass sein Redebeitrag wörtlich protokolliert wird:

*„Sehr geehrte Damen und Herren,
bereits im März diesen Jahres habe ich eine Beschlussvorlage eingereicht mit dem Titel Beschlusskontrolle. Ich habe auch mehrfach in den letzten Sitzungen schon darauf hingewiesen. Diese Beschlussvorlage hätte sie eigentlich dazu verpflichtet, zur diesjährigen Haushaltsberatung eine Aufstellung vorzulegen mit allen bestehenden Beschlussvorlagen, dem Finanzierungsbedarf und dem Umsetzungsstand, so wie das mehrere Kollegen und Kolleginnen vor mir auch angemerkt haben. Das ist ja auch prinzipiell kein neues Thema. Wenn ich jetzt nicht ganz falsch informiert bin, gibt es diese Vorlage nach wie vor nicht. Deshalb möchte ich jetzt Sie auffordern, dass sie bis zum März diese Beschlusskontrolle für diese Legislaturperiode nachreichen und diese perspektivisch ergänzen bis zur nächsten Haushaltsberatung um alle älteren Beschlussvorlagen. Sollte das nicht passieren, werde ich mir einen Klageweg vorbehalten. Dankeschön.“*

Nach einem weiteren Meinungsaustausch wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 und Folgejahre einschließlich Änderungen ab Anlage 2 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25:17:02

6.7 Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/316/2025/I-14

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Dessau-Roßlau.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

6.8 Änderung der Betriebssatzung des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/252/2025/I-SKD

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, bringt einen Änderungsantrag, welcher der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, ein.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch wird der Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (12:31:02).

Ferner wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der geänderten Betriebssatzung des Städtischen Klinikums Dessau gemäß Anlage 3 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 36:01:08

6.9 Neufassung der „Satzung zur Festlegung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Dessau-Roßlau“
Vorlage: BV/096/2025/IV-51

Nach einer ausführlichen Aussprache wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die als Anlage 2 beigefügte Neufassung der „Satzung zur Festlegung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Dessau-Roßlau (Kostenbeitragssatzung)“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 29:13:03

6.10 Wirtschaftsplan 2026 des Städtischen Klinikums Dessau Vorlage: BV/352/2025/I-SKD

Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2026 und die Mittelfristplanung für die Jahre 2026 bis 2029 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

6.11 Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau Vorlage: BV/304/2025/I-ATD

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2026 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

6.12 Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebes Stadtpflege Vorlage: BV/264/2025/III-EB

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2026 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

6.13 Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) Vorlage: BV/331/2025/IV-DKT

Beschluss:

Der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss 2023 einschließlich Lagebericht des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten mit einer Bilanzsumme in Höhe von EUR 39.737.219,21 und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 81.845,41 wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 43:00:02

6.14 Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) - Ergebnisverwendung **Vorlage: BV/332/2025/IV-DKT**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, die Fehlbedarfsfinanzierung in Höhe von EUR 479.296,06 in 2025 aus dem Produktkonto 36510.5315000 Städtischer Anteil nach § 12b KiFöG LSA zur Auszahlung an den Eigenbetrieb zu bringen.
2. Der Jahresfehlbetrag 2023 in Höhe von EUR 81.845,41 wird durch Verrechnung mit dem Ergebnisvortrag (EUR 9.941,49) sowie durch Entnahme aus der zweckgebundenen Investitionsrücklage (EUR 36.903,92) und der zweckgebundenen Gewinnrücklage (EUR 35.000,00) vollständig gedeckt. Das Bilanzergebnis beträgt nach dieser Ergebnisverwendung EUR 0,00.

Abstimmungsergebnis: 41:01:03

6.15 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten (DeKiTa) für das Jahr 2023 **Vorlage: BV/333/2025/IV-DKT**

Beschluss:

Der Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten für das Jahr 2023 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 36:02:07

6.16 Verhandlungsmandat zur Zustiftung und Aufgabenübertragung des städtischen Anteils am UNESCO Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz **Vorlage: BV/292/2025/I-41**

Herr Adamek, Fraktion CDU, bringt nach einer Aussprache einen Änderungsantrag, welcher der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist, ein.

Ferner führt **Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD**, in einen Änderungsantrag, welcher der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, ein.

Nach einem ausführlichen Meinungsaustausch wird zuerst der Änderungsantrag der AfD zur Abstimmung gestellt, da dieser Antrag als der weitreichendere Antrag behandelt wird. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (14:28:03).

Danach wird der Änderungsantrag der CDU zur Abstimmung gestellt. Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt (22:16:07).

Abschließend wird die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

(1) Zur Vorbereitung der Umsetzung des Haushaltskonsolidierungsvorschlags, die Stadt von Aufwendungen in Verbindung mit dem UNESCO Weltkulturerbe Dessau-Wörlitz zu entlasten, erhält der Oberbürgermeister ein verbindliches Mandat mit dem Land Sachsen-Anhalt über eine Zustiftung und Aufgabenübertragung städtischer Anteile am UNESCO Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz zu verhandeln.

(2) Gegenstand des Verhandlungsmandats sind insbesondere:

- a. die Anhaltische Gemäldegalerie mit ihrem Sammlungsbestand und genutzten Gebäuden (Schloss Georgium, Blumengartenhaus, Orangerie, Fremdenhaus und Remise). Der Sammlungsbestand der Anhaltischen Gemäldegalerie (insbesondere die Gemälde, Skulpturen, grafischen Bestände sowie alle zugehörigen musealen Objekte) bleibt im Eigentum der Stadt Dessau-Roßlau und wird der Kulturstiftung im Rahmen eines dauerhaften, unentgeltlichen Leihvertrages überlassen. Die Kulturstiftung übernimmt für die Dauer der Leihe die Verpflichtung zur fachgerechten Aufbewahrung, Präsentation, konservatorischen Betreuung und Versicherung der Sammlung nach musealen und denkmalpflegerischen Standards. Eine Eigentumsübertragung am Sammlungsbestand ist ausdrücklich ausgeschlossen. Sollte in der Verhandlung dieser Verhandlungsgegenstand aktenlagig nicht zum Tragen kommen, greift die im Haupt- und Personalausschuss am 03.12.2025 beschlossene Beschlussvorlage.
- b. die Parkanlage Georgengarten mit dem Beckerbruch mit allen aufstehenden Gebäuden und Kleinarchitekturen, der Kühnauer Park mit allen aufstehenden Gebäuden und Kleinarchitekturen sowie der Historische Friedhof

- c. Sollte die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz eine Zustiftung des Sammlungsbestandes begehren, erklärt sich das Land verbindlich bereit, im Gegenzug die vollständige, dauerhaften und institutionelle Übernahme der Anhaltischen Philharmonie und des Anhaltischen Theaters (Mehrspartenhaus mit Philharmonie, Musiktheater, Schauspiel, Ballett, Puppentheater) einschließlich aller finanziellen, personellen und betrieblichen Verpflichtungen sicherzustellen.

Eine Zustiftung des Sammlungsbestandes ist ohne diese umfassende Übernahmeverpflichtung ausdrücklich ausgeschlossen.

Diese Verpflichtungen sind verbindlicher Bestandteil des Zustiftungsvertrages und gelten nicht nur als Auslegungsgrundlage, sondern als inhaltlich einklagbare Leistungspflichten.

- (3) In einer Präambel zur Zustiftung sollen sich die Vertragspartner dazu bekennen, dass die Zustiftung mit dem Ziel erfolgt, das kulturelle Erbe des Fürsten-/Herzogtums Anhalt Dessau und der früheren Residenz- und Landeshauptstadt Dessau dauerhaft zu bewahren, positiv zu entwickeln und dauerhaft auskömmlich und mindestens niveauerhaltend zu finanzieren, insbesondere die Anhaltische Philharmonie und das Anhaltische Theater (Mehrspartenhaus mit Philharmonie, Musiktheater, Schauspiel, Ballett, Puppentheater), die und deren Bewahrung im besonderem Landesinteresse sind.
- (4) Das Ergebnis der Verhandlungen ist dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen, um eine Beschlussfassung zur Zustiftung auf Ebene Stadt und Land im laufenden Koalitionszeitraum zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: 22:13:10

**6.17 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Bundesprogramm
"Sanierung kommunaler Sportstätten" 2025/2026 mit der Maßnahme
Generalüberholung der Flutlichtanlage Paul-Greifzu-Stadion
Vorlage: BV/341/2025/I-52**

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau beantragt im Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ 2025/2026 die Maßnahme Generalüberholung der Flutlichtanlage im Paul-Greifzu-Stadion (Helmut-Kohl-Str. 69 in 06842 Dessau-Roßlau) und beteiligt sich so am Auswahlverfahren.
2. Der erforderliche Eigenanteil der Stadt Dessau-Roßlau ist je nach Höhe der Förderquote bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

- 6.18 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Bundesprogramm
"Sanierung kommunaler Sportstätten" 2025/2026 mit der Maßnahme
Sanierung des Umkleide- und Sanitärtrakts des SV Dessau 05
Vorlage: BV/363/2025/I-52**

Die Beschlussvorlage wurde vom Einreicher zurückgestellt.

- 6.19 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um
die Ortschaft Mühlstedt – Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: BV/241/2025/I-61**

Herr Mrosek, Fraktion AfD, verlässt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 44 stimmberechtigte Mitglieder.

Beschluss:

1. Die zum Vorentwurf und Entwurf der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es im beiliegenden Abwägungsvorschlag (**Anlage 2**) jeweils angegeben ist.
2. Die als **Anlage 3** beigefügte Begründung mit Umweltbericht zur 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt in der Fassung vom 30.09.2025 wird zusammen mit dem Anhang zur Kenntnis genommen und gebilligt.
3. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt die Feststellung der als **Anlage 4** beigefügten 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt in der Fassung vom 30.09.2025.
4. Die Verwaltung wird gemäß § 6 Abs. 1 Baugesetzbuch beauftragt, für die 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt die Genehmigung beim Landesverwaltungsamt zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: 34:10:00

- 6.20 Bebauungsplan Nr. 230 "Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten**

Stücke, Mühlstedt" Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/242/2025/I-61

Beschluss:

1. Die zum Vorentwurf und Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 230 „Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es im beiliegenden Abwägungsvorschlag (**Anlage 2**) jeweils angegeben ist.
2. Die als **Anlage 3** beigefügte Begründung mit Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 230 „Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" in der Fassung vom 30.09.2025 wird zusammen mit dem **Anhang 3.1** und den **Anlagen 3.2** und **3.3** zur Kenntnis genommen und gebilligt.
3. Der als **Anlage 4** beigefügte Bebauungsplan Nr. 230 „Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" in der Fassung vom 30.09.2025 wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:10:00

6.21 Bebauungsplan Nr. 234 "Wohnbebauung an der Finanzrat-Albert-Straße" – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/267/2025/I-61

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, bittet darum, dass die Auszählung der Abstimmung wiederholt wird, da nicht alle Mitglieder des Stadtrates anwesend sind.

Beschluss:

1. Dem in der **Anlage 2** zu diesem Beschluss enthaltenen Antrag auf Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 234 "Wohnbebauung an der Finanzrat-Albert-Straße" wird stattgegeben.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 234 "Wohnbebauung an der Finanzrat-Albert-Straße" wird für das in der **Anlage 3** zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Antragstellerin einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungskosten abzuschließen.
4. Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 234 "Wohnbebauung an der Finanzrat-Albert-Straße" ist ortsüblich bekannt zu machen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit vorzubereiten und ihre Durchführung fristgerecht ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

**6.22 "Stadteingang Ost - Umgestaltung der Mühleninsel" -
Maßnahmenbeschluss
Vorlage: BV/276/2025/III-67**

Beschluss:

1. Die Maßnahme zur Umgestaltung der Mühleninsel in den Jahren 2023 bis 2030 wird mit einem voraussichtlichen Wertumfang von 7.477.290 EUR beschlossen.
2. Die Maßnahmenumsetzung in den Jahren 2023 bis 2028 erfolgt entsprechend dem Bewilligungsbescheid in Höhe von 7.398.300 EUR (davon 2.466.100 EUR Eigenmittel).
3. Die zweijährige Entwicklungspflege von 2029 bis 2030 ist in Höhe von 78.990 EUR nicht förderfähig und über 100% Eigenmittel zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis: 42:00:02

**6.23 Bebauungsplan Nr. 229 "Stadteingang Ost- Mühleninsel" -
Billigungsbeschluss und förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung
Vorlage: BV/271/2025/I-61**

Herr Schmidt, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Stadtplanung, gibt bekannt, dass es in der Begründung der Beschlussvorlage eine redaktionelle Anpassung vorgenommen werden muss. An verschiedenen Stellen in der Begründung werden Quellverweise aufgenommen und die Baumbestandsliste wird in eine potenzielle Baumfällliste umgeändert. Der Beschlusstext bedarf keiner Änderung.

Beschluss:

1. Die in den Anlagen beigefügten Entwürfe

- des Bebauungsplanes Nr. 229 "Stadteingang Ost - Mühleninsel" in der Fassung vom 18. August 2025 (siehe **Anlage 2**) und
- der dazugehörenden Planbegründung mit Umweltbericht in der Fassung vom 18. August 2025 (siehe **Anlage 3**),

werden gebilligt. Zusammen mit den zur **Anlage 3** gehörenden Anhängen 1 bis 3 und den **Anlagen 4** und **5** werden sie zur Veröffentlichung im Internet und zusätzlichen öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

sowie zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die Veröffentlichung im Internet und die zusätzliche öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB werden beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 41:01:02

6.24 Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage für Investitionen **Vorlage: BV/299/2025/I-ATD**

Herr Mrosek, Fraktion AfD, betritt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 45 stimmberechtigte Mitglieder.

Beschluss:

Der Entnahme eines Betrages von maximal 900.000 EUR aus der zweckgebundenen Rücklage für Investitionen des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater Dessau zur Finanzierung unabweisbarer und spielrelevanter Investitionen des Wirtschaftsjahres 2025 wird zugestimmt.

Die entnommenen Mittel sind dem Sonderposten des Eigenbetriebes Anhaltisches Theater zuzuführen

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

6.25 Ermächtigung zur Kreditaufnahme **Vorlage: BV/337/2025/II-20**

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, gibt bekannt, dass aufgrund einer Marktabfrage eine Anpassung des Zinsbetrages auf 4 % in der Beschlussvorlage vorgenommen werden muss.

Danach wird die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt unter Berücksichtigung des § 108 in Verbindung mit § 99 Abs. 5 KVG LSA im Rahmen der genehmigten Kreditermächtigung 2024 in

Höhe von maximal 19.100.000 EUR langfristige Investitionsdarlehen mit folgender konkreter Ausgestaltung aufzunehmen.

Nominalbetrag:	19.100.000 EUR
Aufnahmezeitpunkt:	spätestens bis 31.01.2026
Laufzeit:	40 Jahre
Zinsbindung:	20 Jahre

Der zu zahlende Zins darf dabei 4 % p.a. nicht überschreiten.

Abstimmungsergebnis: 44:01:00

**6.26 Nachzahlung für den Erwerb der Parkplätze am Städtischen Klinikum
- Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung
Vorlage: BV/349/2025/II-20**

Beschluss:

Die Nachzahlung für den Erwerb der Parkplätze am Städtischen Klinikum durch die Stadt Dessau-Roßlau in Höhe von 174.734,00 EUR an das Städtische Klinikum Dessau wird beschlossen. Die dafür notwendige außerplanmäßige Auszahlung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

**6.27 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und
ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/298/2025/II**

Beschluss:

Der Annahme der in den Anlage 2 bis 6 dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

**6.28 Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau an der 1. Auswahlstufe für eine
Förderung über das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler
Sportstätten 2025/2026“ mit der Maßnahme „Ertüchtigung einer
Außensportanlage für Schul- und Vereinssport am Standort des SV
Stahlbau Dessau“
Vorlage: BV/357/2025/III-65**

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau nimmt am Interessenbekundungsverfahren zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten 2025/2026“ mit der Maßnahme „Ertüchtigung einer Außensportanlage für den Schul- und Vereinssport am Standort des SV Stahlbau Dessau“, Querweg 25, 06849 Dessau-Roßlau teil und beteiligt sich somit an Stufe 1 des Auswahlwettbewerbes.
2. Mit Beschlussfassung ist die Maßnahme in den Haushalt 2026 der Stadt Dessau-Roßlau aufzunehmen. (Gesamtkosten 1.210.000,00 Euro, Förderung 907.500,00 Euro (75 %), Eigenmittel 302.500,00 Euro (25 %).

Abstimmungsergebnis: 42:00:03

6.29 Beschluss für eine überplanmäßige Auszahlung für die Teilsanierung integrative Kindertageseinrichtung "Buratino" in Meinsdorf Vorlage: BV/358/2025/III-65

Beschluss:

Für die fristgerechte Begleichung von Abschlagszahlungen gebundener Auftragnehmer, welche den geplanten kassenwirksamen Haushaltsansatz 2025 überschreiten, wird eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 366.000 EUR brutto für das laufende Haushaltsjahr beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

6.30 Einziehung öffentlicher Verkehrsfläche im Bereich Muldufer (Parkplatz) Vorlage: BV/330/2025/III-66

Beschluss:

1. Es wird beabsichtigt, den in der Anlage 2 dargestellten Parkplatz an der Ludwigshafener Straße (B 185 - Gemarkung Dessau, Flur 29, Flurstück 8967) einzuziehen.
2. Die Veröffentlichung der Absichtserklärung (Anlage 4) wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 44:00:01

6.31 Einvernehmen des Schulträgers zur beantragten Umwandlung der Sekundarschule am Schillerpark in eine Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2026/2027
Vorlage: BV/273/2025/IV-40

Nach einer ausführlichen Aussprache wird die Beschlussvorlage in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau als Schulträger und Träger der Schulentwicklungsplanung stellt das Einvernehmen zur Umwandlung der Sekundarschule am Schillerpark in eine Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2026/2027 her. Die Umwandlung erfolgt aufwachsend.
2. Der bisherige Schulbezirk der Sekundarschule am Schillerpark wird für die neue Gemeinschaftsschule beibehalten.

Abstimmungsergebnis: 33:10:02

6.32 Genehmigung von überplanmäßigem Aufwand im DK 5913 – Jugendhilfe nach dem SGB VIII
Vorlage: BV/270/2025/IV-51

Nach einem kurzen Meinungs Austausch wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt die überplanmäßigen Aufwendungen im DK 5913 – Jugendhilfe nach dem SGB VIII, zur Finanzierung der zu erbringenden Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII in Höhe von 729.000,00 EUR.

Abstimmungsergebnis: 30:11:04

6.33 Begrünung des Kreisverkehrs Sieben Säulen
Vorlage: FV/017/2025/GRÜNE

Herr Hartmann, Fraktion SPD, bringt einen Änderungsantrag ein, welcher der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt ist.

Nach einer Aussprache informiert **Herr Kaßner, Fraktion Bündnis90/Die GRÜNEN**, dass der Einreicher den Punkt 2 – Prüfung auf Denkmalverträglichkeit bezüglich der beiden tangierenden Welterbestätten – in die Fraktionsvorlage übernimmt und zu den Beschlusspunkten hinzufügt Die Streichung der anderen Beschlusspunkte stimmt der Einreicher nicht zu.

Danach wird über die Streichung gemäß dem Änderungsantrag abgestimmt. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (02:43:00).

Daraufhin wird die geänderte Fassung der Fraktionsvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, für den Kreisverkehr an den Sieben Säulen ein Umsetzungskonzept zur Begrünung zu erarbeiten. Dieses umfasst:

1. Die Prüfung, ob eine Umgestaltung des Innenraums des Kreisverkehrs finanzielle Konsequenzen bezogen auf die Rückzahlung von Fördermitteln hat. Dabei ist ausdrücklich der Aspekt des Klimawandels (Wasserrückhaltung, Stadtklima) zu berücksichtigen. Das Prüfergebnis ist den Ausschüssen für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt sowie für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität vor den Haushaltsverhandlungen 2027 inkl. der folgenden Punkte vorzulegen.
2. Prüfung auf Denkmalverträglichkeit bezüglich der beiden tangierenden Welterbestätten.
3. Prüfung geeigneter Begrünungsformen – bodennah bzw. strukturierend - unter Berücksichtigung von Sichtbarkeit und Verkehrssicherheit.
4. Abstimmung mit zuständigen Ämtern, um Pflegeaufwand, Zuständigkeiten und Finanzierung zu klären. Hierbei sollte geprüft werden, ob das Projekt förderfähig ist.
5. Erstellung einer Kostenschätzung inklusive Pflege- und Unterhaltungskosten sowie Klärung der Verantwortlichkeiten.
6. Einbindung nachhaltiger und standortgerechter Bepflanzung (z. B. heimische Stauden, Wildblumen, ggf. Kleinsträucher) zur Förderung der Biodiversität – basierend auf den Ergebnissen der Prüfung.

Abstimmungsergebnis: 20:19:06

6.34 Teilnutzung des Standortes Dessau Center als Bildungs- und Verwaltungscampus
Vorlage: FV/021/2025/PDR

Die Fraktionsvorlage wurde vom Einreicher zurückgezogen.

6.35 Grundsatzentscheidung des Stadtrates zur Sanierung des DEPOTs in der Schultheißbrauerei
Vorlage: FV/023/2025/

Die Fraktionsvorlage wurde vom Einreicher zurückgezogen.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Stellungnahme der Stadtverwaltung zum 2. Entwurf des Landesentwicklungsplans Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/046/2025/I-61

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Schönemann, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, hebt zwei Punkte hervor, die ihm in den letzten Tagen wichtig erschienen und zur Wiederaufnahme anregen sollen. In der Vergangenheit gab es einen Beirat der Ortsbürgermeister mit einem Vorsitzenden und Stellvertreter, der inhaltlich und organisatorisch in die Vorbereitung bestimmter Beschlusslagen eingebunden war. Er bedauert, dass Herr Lau heute nicht im Rahmen dieses Punktes aufgetreten ist, da dieser als gewählter Vertreter an diese Stelle gehöre. Er regt an, dies zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf die Stadtbezirksbeiräte und die Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes. Bei der Diskussion über die finanzielle Ausstattung der Gremien gab es differenzierte Positionen. Er betont, dass über neun Jahre für die Einrichtung der Stadtbezirksbeiräte gekämpft wurde und diese nach und nach finanzielle Etats erhielten, um im Quartier gestalten zu können. Wenn manche Stadtteile mit 15.000 Einwohnern unterwegs sind und andere mit 145, hält er es für wichtig, den Gleichheitsgrundsatz proportional zu wahren und die Möglichkeiten der Entscheidungsträger zu garantieren.

Der zweite Punkt betrifft den Beirat des Stadtverbandes der Kleingärtner, der in dieser Legislatur zusammen mit der Verwaltung noch nicht berufen wurde. Dabei gehe es um wesentliche Themen wie die Finanzierung des Rückbaus von brachliegenden Kleingärten. Der Stadtverband habe große Schwierigkeiten, eine gewisse Ordnungsmäßigkeit herzustellen. Im Konzept der Stadt für Kleingärten ist dieser Beirat definiert. Herr Stadtrat Schönemann bittet das zuständige Dezernat darum, dass dieser Beirat berufen, mit dem Stadtverband koordiniert und für die Arbeit qualifiziert wird.

Herr Bernstein, fraktionsloses Mitglied des Stadtrates, erläutert zuerst seinen heute zurückgezogenen Antrag unter ursprünglich Tagesordnungspunkt 6.35 in Unterstützung des Brauhaus-Vereins und des New-Kids-Vereins. Alle sind sich einig, dass es sich bei der Immobilie um einen städtebaulichen Missstand handelt, der dringend einer Lösung bedarf. Jedoch wird nicht jemand mit einem Scheck über 100.000.000 Euro kommen und ein Gesamtpaket liefern. Deshalb ist er überzeugt, dass viele kleine Schritte nötig sind, etwa eine Nutzung als Sportstätte mit entsprechender Förderung, die bereits im Koalitionsvertrag festgehaltene Schaffung von Depotflächen für Land und Stadt sowie Investitionsmöglichkeiten für Privatinvestoren.

Besonders wichtig ist, dass zunächst der Verein selbst eine Lösung finden muss, um aus der Liquidation heraus eine neue Trägerstruktur zu schaffen. In Gesprächen als Landtagsabgeordneter mit verschiedenen Gremien hat er erfahren, dass kein Geld fließen wird, solange der Verein in Liquidation ist. Er ruft die Akteure und die Stadtverwaltung dringend auf, unterstützend zu wirken, um dieses Thema zu lösen.

Sein zweiter Punkt ist eine Frage zu den unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern. Im Landtag wurde erneut eine nachträgliche Billigung einer überplanmäßigen Ausgabe behandelt, diesmal fast 40 Millionen Euro. Selbst das Sozialministerium fragt sich, wie es zu diesen Kostensteigerungen kommt. Herr Stadtrat Bernstein möchte erfahren, wie der konkrete Bearbeitungsprozess der eingereichten Anträge aussieht: Findet eine Prüfung auf sachliche Richtigkeit statt, oder werden die Rechnungen einfach durchgereicht, weil das Land am Ende zahlt? Eine Kostensteigerung von 24 Prozent innerhalb eines Jahres sei erheblich und gehe wahrscheinlich auch in Richtung der Betreuung von Jugendlichen in Heimbetreuung.

Herr Dreibrodt, Fraktion Freies-Bürger-Forum, thematisiert die abgesetzte Fraktionsvorlage bzgl. der Umnutzung des Dessau-Centers. Er wendet sich an die Fraktion Pro Dessau-Roßlau: Auch wenn man der Fraktion gute Absichten unterstellt, ist das Ansinnen in jeder Hinsicht unrealistisch und zum Scheitern verurteilt gewesen. Die privaten Investoren bzw. Eigentümer des Dessau-Centers hatten sich mit massiver Hilfe der ehemaligen Verwaltungsspitze verspekuliert. Der noch immer alternden und schrumpfenden Stadt nach Einkaufstempeln wie Rathauscenter, Junkers Park, Kauflandcenter in Mildensee und anderen noch ein Dessau-Center hinzuzufügen, ist gnädig formuliert mehr als unvernünftig gewesen. Die Stadt ist personell und finanziell jetzt und in den nächsten Jahren außerstande, in eine Umnutzung des Dessau-Centers einzusteigen. Die Sanierung des Städtischen Klinikums, die Stützung der DWG, das immer teurer werdende

Anhaltische Theater und die Aufwendungen für die BUGA – um nur die größten Brocken zu nennen – erfordern alle Kraft, die hoffentlich geleistet werden kann. Auch das Technische Rathaus nach Dessau zu verlagern und sich dort einzumieten, ist auf lange Sicht völlig abwegig, da im Stadtteil Roßlau bestens ausgestattetes modernes Eigentum vorhanden ist, das den Mitarbeitern exzellente Arbeitsbedingungen bietet, einschließlich der Archivierung aller Bauunterlagen.

Die Stadt habe in ihrer kompetenten Stellungnahme zum Dessau-Center zahlreiche gute Gründe benannt, diese Vorlage abzulehnen. Das Echo in der Bürgerschaft auf die Zeitungsartikel ist verheerend und schwanke zwischen Empörung und Fassungslosigkeit.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, informiert im Zusammenhang mit dem Dessau-Center, das sehr öffentlich vom Eigentümer diskutiert und vorangetrieben wurde. Parallel hat sich die Hochschule Anhalt mit Bachelorarbeiten zu Nutzungsmöglichkeiten des Dessau-Centers beschäftigt. Dies habe nichts mit der aktuellen Diskussion zu tun und ist völlig unabhängig davon. Die Bachelorarbeiten werden im Februar fertig sein und verteidigt. Sie möchte dies mitteilen, damit nicht der Eindruck entsteht, dass hier irgendetwas koordiniert wurde. Die Anfrage der Hochschule Anhalt erfolgte im September, was sie machen könnten, da sie dort gerne etwas erarbeiten wollten.

Herr Adamek, Fraktion CDU, thematisiert kurz den Tagesordnungspunkt 6.31. Er betont, dass mit der heutigen Entscheidung höchstwahrscheinlich innerhalb der nächsten Jahre ein Gymnasium geschlossen wird. Damit habe man sich entschieden, die Bildungslandschaft der Stadt zu schwächen, die Stadtentwicklung im Süden der Stadt zu gefährden und der Stadt eine Zukunftschance zu nehmen.

Herr J. U. Weber, Fraktion Aktive Bürgerliche Vernunft, berichtet, dass in den letzten Tagen einige Stadtratsmitglieder sich ernsthaft Gedanken über seine Einstellung zu nichtöffentlichen Beschlussvorlagen machen. Diesen versichert er, dass sich seine Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kinderarztverlagerung aus den MVZ-Standorten eindeutig auf öffentliche Beschlussvorlagen beziehen – nämlich auf Tagesordnungspunkt 7.2 vom 25.06.2025. Die Besucher der Sitzung sollten sich daran erinnern. Falls es diesen Personen nicht bewusst ist, dass es diese Beschlussvorlage gab, falls man Böswilligkeit trotz dieses Wissens unterstellen will oder falls man meint, Beschlussvorlagen, die er im Namen seiner Fraktion im Aufsichtsrat des Städtischen Klinikums und im Haupt- und Personalausschuss einbringen wird, zunichtemachen zu können, bittet er Folgendes zu bedenken: Wer sich nicht ordentlich mit Beschlussvorlagen beschäftigt, sollte andere Kollegen, die dies sehr gründlich tun, nicht mit Steinen bewerfen. Man solle aufhören, über seine angebliche Nichtöffentlichkeit zu spekulieren.

Zweitens wendet er sich an den Oberbürgermeister als Vorsitzenden des Aufsichtsrates des MVZ: Dieser habe von seiner Beschlussvorlage gewusst und hätte im nichtöffentlichen Punkt durchaus unterbinden können, dass dort eine umfangreiche Diskussion stattfindet. Herr Stadtrat J. U. Weber verweist auf § 45 Abs. 5 KVG LSA, wonach die Vertretung der Dienstvorgesetzte des Oberbürgermeisters

ist – somit ist auch er ein Dienstvorgesetzter. Bei der wiederholten Art und Weise, wie über ihn geredet werde, wäre dies bei einem Angestellten sicherlich ein Abmahnungsgrund. Er werde sich überlegen, ob dienstrechtliche Schritte eingeleitet werden sollten.

Abschließend fragt er die Fraktion AfD, was er getan hat, dass er in den letzten beiden Amtsblattartikeln nicht mehr bei ihnen aufgetaucht ist und was er tun muss, damit sein Name wiedererscheint.

Der Stadtratsvorsitzende ruft die Vertretung zu Ruhe und Sachlichkeit auf.

Frau Richter, Fraktion Freies-Bürger-Forum, möchte das Thema BUGA ansprechen. Mit dem heutigen Haushalt wurden BUGA-Projekte im Wert von fast 61 Millionen Euro beschlossen. Wie der Oberbürgermeister aus der letzten Haushaltssitzung weiß, sind nahezu sämtliche Fraktionen irritiert. Man habe den Eindruck, seit dem Stadtratsbeschluss zur BUGA im Jahr 2024 ist man noch sehr dürrtig über den Fortgang informiert wurden.

Besonders erstaunlich ist, dass eine sogenannte verwaltungsinterne Lenkungsgruppe unter Leitung des Oberbürgermeisters offensichtlich eigenständig richtungsweisende Entscheidungen, insbesondere zur Gebietskulisse der BUGA, trifft und dabei auch schon die Öffentlichkeit informiert, ohne dass der Stadtrat involviert war. Zur Erinnerung: Grundlage der Beschlussvorlage zur BUGA war eine Machbarkeitsstudie von 2022, die als Gebietskulisse das Gebiet von Roßlau im Norden bis hinunter zur Ackerstraße/Bernburger Straße im Süden vorsieht. Seither habe der Stadtrat keinerlei neue Entscheidungen zur BUGA-Kulisse getroffen.

Es ist daher überraschend gewesen, als die Verwaltung die Ausschüsse im April 2025 kurzfristig und nichtöffentlich darüber informierte, dass die BUGA offensichtlich allein im Stadtzentrum und dem direkt angrenzenden Gebiet stattfinden soll. Roßlau ist raus, ebenso wie sämtliche Gebiete südlich des historischen Friedhofs – also südliche Innenstadt und Leipziger Tor, Stadtteile, die insbesondere einer Aufwertung bedürfen. Während der Stadtrat noch erstaunt war und überlegte, was zu tun ist, hat die Stadtverwaltung bereits am 6. Juni 2025 anlässlich des Stadtfestes schön gedruckte DIN-A3-Karten an die Öffentlichkeit verteilt, auf denen diese neue Gebietskulisse kundgetan wurde.

Frau Stadträtin Richter hat den Eindruck, dass ein großes Kommunikationsdefizit zwischen Verwaltung und Stadtrat besteht. Sie bittet die Stadtverwaltung und die Zuständigen, die betroffenen Ausschüsse im Januar und Februar umfassend über den aktuellen Stand der BUGA-Entwicklung sowie das weitere Vorgehen und insbesondere über den Diskussionsstand zur Gebietskulisse zu informieren.

Sie hat zehn Fragen vorbereitet, welche der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt sind. Sie bittet die Beantwortung sowie eine entsprechende Präsentation mindestens drei Werktage vor einer Sitzung hochzuladen, damit die Fraktionen die Möglichkeit haben, dies zu diskutieren und nicht erneut von einer Vorlage überrascht werden. Die anderen Fraktionen erhalten die Frageliste per E-Mail.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass es eine öffentliche Informationsveranstaltung gab und die Fachausschüsse beteiligt wurden. Es wurde ein Durchführungsvertrag beschlossen, in dem Flächen mit dem Wort "insbesondere"

vermerkt sind. Die geschärfte Gebietskulisse greift nichts anderes auf als diese Flächen. Die verwaltungsinternen Gruppen sind notwendig, damit an den Themen weitergearbeitet wird. Dies schließt die Mitwirkungsrechte der Vertretung nicht aus. Herr Oberbürgermeister Dr. Reck hat bereits im Haupt- und Personalausschuss zugesagt, dass die Informationen selbstverständlich bereitgestellt werden. Wenn es Informationsdefizite gibt, müssen diese aufgelöst werden, damit alle mitgenommen werden und sich einbringen können. Weiterhin sichert er die Beantwortung sowie eine Präsentation zu.

Herr Tschammer, Fraktion SPD, verlässt die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit verringert sich auf 44 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, möchte erfahren, ob es einen Aufsichtsrat BUGA, welcher die Beteiligung von Stadträten beinhaltet, geben wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass in der nächsten Woche die BUGA-Gesellschaft gegründet wird. Nach der Gründung wird ein Aufsichtsrat berufen. Gemäß dem Gesellschaftsvertrag sollen die Vertreter des Stadtrates ein Teil des Aufsichtsrates sein.

Herr Stadtrat Mrosek möchte weiterhin den aktuellen Sachstand des Güterbahnhofes (Seite des Umweltbundesamtes) erfahren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass es dort einen Investor gibt, der das Areal kaufen, entwickeln und vermieten möchte. Darüber wurde bereits in der Mitteldeutschen Zeitung berichtet.

Abschließend möchte **Herr Stadtrat Mrosek** den aktuellen Stand der Algenfabrik erfahren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass es diesbezüglich keine neuen Entwicklungen gibt.

Herr L. Nothdurft, Fraktion AfD, thematisiert den Tagesordnungspunkt 1. Er betont, dass es nicht sein Anliegen ist, Sitzungen platzen zu lassen oder Beschlüssen die Grundlage zu entziehen. Als Ausschussvorsitzender habe er sich in Absprache mit Kollegen unorthodox verständigt, damit Themen zur Sprache kommen. Sein Anliegen ist, dass Anträge aus dem Kreis der Fraktionen und aus den Ortschaften im Sinne der Transparenz als Beschlussvorlage öffentlich einsehbar gemacht werden. Insbesondere Anträge aus Roßlau bzw. aus seiner Fraktion, die ausdrücklich zur Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat eingereicht wurden, sollten auf die Tagesordnung genommen werden. Man kann darüber beraten und sie befürworten oder ablehnen, aber sie sollten aufgerufen werden. Dies ist keine unnötige Verzögerung und er bittet, dies in Zukunft zu ermöglichen.

Weiterhin hat er als Mitglied der Stiftungen der Stadt Dessau in Erfahrung gebracht, dass Förderanträge aus Roßlau und anderen Ortsteilen abgelehnt werden, weil in den alten Satzungen immer noch steht, dass die Stiftungen der Stadt Dessau auf

dem Gebiet der Stadt Dessau tätig sind. Bei der Fusion wurde vergessen, dies zu erweitern. 2014 wurde eine Anpassung abgelehnt mit dem Hinweis, dass sich das Stiftungsvermögen nicht entsprechend vermehrt habe – dabei wurde auf den Vermögensstand von 2002 Bezug genommen. Seither habe sich das Stiftungsvermögen verdoppelt und die Bevölkerungszahl der fusionierten Stadt ist erheblich kleiner. Er hatte angeregt, dies zu überprüfen und eine Anpassung der Stiftungssatzung vorzunehmen. Da das Förderjahr 2026 vor der Tür steht, bittet er um einen schriftlichen Bericht über den Stand der Gespräche intern und mit der Stiftungsaufsicht.

Abschließend lädt Herr Stadtrat L. Nothdurft alle, insbesondere auch die Landtagsabgeordneten, zum politischen Frühschoppen am 6. Januar 2026 mit dem Ortschaftsrat Roßlau ein, um Themen vor Ort auf beiden Seiten der Elbe zu diskutieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck geht kurz auf das Thema Anträge ein. Gegebenenfalls muss man in die Hauptsatzung schauen, ob Anpassungen erforderlich sind. Die Diskussion ist bereits im letzten Jahr geführt worden, wie weit Anträge bis zum Stadtrat gehen. Die geübte Praxis ist bisher gewesen, dass sie im Haushaltsausschuss beraten werden, jedoch könne man Praxis anpassen.

Zum Thema Stiftungen berichtet er, dass die vorgetragene Argumentation sich auch in einem Schreiben der Stiftungsaufsicht wiederfand, wonach der Stiftungszweck auf das gesamte Stadtgebiet erweitert wird, damit die gesamte Stadt – ausdrücklich einschließlich Roßlau und der nordelbischen Ortschaften – von den Stiftungsmitteln profitieren kann. Die Argumentation stelle sich heute tatsächlich ganz anders dar als noch 2014. Durch Zustiftungen etc. ist das Stiftungskapital gewachsen. Sobald ihm weitere Informationen vorliegen, werde er gern darüber informieren.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen hervorgebracht.

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 20:47 Uhr.

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer